

Weltmacht und globale Ordnung Global Policy Council

Berlin, 12.-13. März 2009



Global Policy Council

| BertelsmannStiftung



Weltmacht und globale Ordnung

Zwiegespräch zwischen Henry Kissinger
und Helmut Schmidt beim Global Policy
Council der Bertelsmann Stiftung am
13. März 2009 in Berlin

Sprachlich überarbeitet und übersetzt von Gudrun Staedel-Schneider





Inhalt

Einführung	6
Henry Kissinger und Helmut Schmidt	7
Weltmacht und globale Ordnung – das Gespräch	8
Der Global Policy Council	30
Das Projekt "Globalisierung politisch gestalten"	32
Über die Bertelsmann Stiftung	34

Einführung

Der Global Policy Council (GPC), der im Jahr 2006 von der Bertelsmann Stiftung ins Leben gerufen wurde, bringt führende Denker aus allen Teilen der globalisierten Welt zu einem Brainstorming zu globalen Fragen zusammen. Ziel des GPC ist es, die Komponenten einer wirklich inklusiven politischen Agenda zu identifizieren und zu diskutieren und so einen neuen Ansatz des internationalen Regierens zu entwickeln, der ganzheitlicher und breiter verankert ist als bisherige Bemühungen.

Das jüngste Treffen des GPC fand am 12. und 13. März 2009 in Berlin statt. Die Konferenz begann mit einem Zwiegespräch zwischen Altbundeskanzler Helmut Schmidt und dem ehemaligen US-Außenminister und Friedensnobelpreisträger Henry Kissinger. Die beiden erfahrenen Staatsmänner diskutierten die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, das Problem der nuklearen Proliferation sowie zahlreiche andere globale Herausforderungen. Als Politiker, die selbst in einer Zeit tief greifender weltpolitischer Veränderungen Verantwortung getragen haben, offerierten beide ihre Einsichten in den Umgang mit globalen Krisen und sprachen sich für eine weitreichende Reform des internationalen politischen Systems aus. Der vorliegende Text dokumentiert den Wortlaut dieses Gesprächs.

Die vollständige Video-Aufzeichnung des Zwiegesprächs ist auf dem YouTube-Kanal der Bertelsmann Stiftung verfügbar.

Henry Kissinger und Helmut Schmidt

Henry A. Kissinger

Chairman, Kissinger Associates Inc., New York;
ehemaliger Außenminister der Vereinigten Staaten
von Amerika; Friedensnobelpreisträger

Henry A. Kissinger wurde 1923 in Fürth geboren. Er wanderte 1938 zusammen mit seiner Familie in die USA aus, um der Verfolgung der Juden durch die Nationalsozialisten zu entkommen. 1943 trat er in die amerikanische Armee ein. Nach dem Zweiten Weltkrieg studierte er an der Harvard University, wo er 1954 seinen PhD erwarb. Dr. Kissinger blieb zunächst in Harvard und begann eine akademische Karriere: als erster Director of the Harvard International Seminar, später von 1957 bis 1960 als Associate Director of the Harvard Center for International Affairs und schließlich von 1958 bis 1969 als Director of the Harvard Defence Studies Program. 1968 wurde Dr. Kissinger Foreign and Security Policy Advisor von Präsident Nixon. Von 1973 bis 1977 war er Außenminister der USA. Bevor er 1982 seine Beratungsfirma Kissinger Associates Inc. gründete, war er als Dozent für internationale Beziehungen an der Georgetown University und als Kommentator für den Fernsehsender NBC tätig. Dr. Kissinger wurde 1973 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Helmut Schmidt

Mitherausgeber der Wochenzeitung DIE ZEIT; ehemaliger
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

Helmut Schmidt wurde 1918 in Hamburg geboren. Er studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg und beendete sein Studium 1949 als Diplom-Volkswirt. Vor seiner Wahl zum Bundeskanzler 1974 war er von 1967 bis 1969 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und von 1968 bis 1984 stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD. Nach dem Wahlsieg der SPD bei der Bundestagswahl 1969 wurde Helmut Schmidt zunächst Bundesminister der Verteidigung (1969-72) und später Finanz- und Wirtschaftsminister (1972-74). 1974 wurde er Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und bekleidete dieses Amt bis 1982. Während seiner Kanzlerschaft setzte er sich mit Nachdruck für die politische Einigung Europas ein. Darüber hinaus war er einer der Mitbegründer des Weltwirtschaftsgipfels, der seit 1975 das Ziel verfolgte, die Politik der westlichen Industrienationen zu koordinieren. Helmut Schmidt war der einzige Staatsmann, der an allen acht Weltwirtschaftsgipfeln der Jahre 1975-82 teilnahm. Gegenwärtig ist er Ehrenvorsitzender des InterAction Council und der Deutschen Nationalstiftung. Er ist zudem Mitherausgeber der Wochenzeitung DIE ZEIT. Helmut Schmidt ist Ehrendoktor zahlreicher Hochschulen in aller Welt, u. a. der Universitäten Oxford, Harvard, Leuven, Cambridge, Johns Hopkins, Keio, Hamburg, Potsdam und der Sorbonne.



Weltmacht und globale Ordnung – das Gespräch

Zwiegespräch zwischen Henry Kissinger und Helmut Schmidt beim Global Policy Council der Bertelsmann Stiftung am 13. März 2009 in Berlin

Janning: *Wie kann, wie soll die Globalisierung gestaltet werden? Wie kann und wie soll diese globalisierte Welt regiert werden? Wie viel Zusammenarbeit ist dazu nötig? Welche Instrumente, welche Institutionen brauchen wir dafür? Dies sind die Fragen, die uns in dem Global Policy Council der Bertelsmann Stiftung hier zusammenführen. Dies sind Fragen, zu denen Köpfe aus allen Teilen der Welt hier miteinander diskutieren. Denn für uns ist eines ganz gewiss: wir werden die Gestaltungsfragen der globalisierten Welt nicht beantworten können, wenn wir nicht im Stande sind, die Welt mit den Augen der anderen zu sehen, und wenn wir keine Formate haben, in denen diese wechselseitigen Wahrnehmungen zum Austausch und zu einer produktiven Auflösung kommen.*

Zum Auftakt einer solchen Debatte scheint mir ganz nützlich zu sein, einige Lehren aus der Philosophie zu ziehen. Eine Lehre in der Erkenntnistheorie, die mir besonders gut gefällt, lautet, dass Zwerge, die auf den Schultern von Riesen stehen, weiter sehen. Und in dem Sinne haben wir heute zwei Riesen gebeten, uns auf ihre Schultern zu lassen, mit uns ihre Einsichten, ihre Weitsichten zu teilen und uns dabei ein Stück zu orientieren auf dem Weg, den wir in den folgenden Debatten gehen wollen.

Beide, weder Henry Kissinger noch Helmut Schmidt, brauchen eine Einführung in diesem Kreis. Beide kennen sich seit über 50 Jahren. Wir kennen beide auch beinahe so lang, als Leser, als Zeitgenossen, als politische Akteure. Deswegen will ich mir eine Vorstellung und Aufzählung ihrer vielen Verdienste und Taten schenken, sondern stattdessen drei Punkte hervorheben. Sie beide haben Verantwortung getragen in einer Zeit, in der sich die Welt ebenfalls in einem großen, tiefen und Struktur verändernden Umbruch befand. Entspannungspolitik und Ölkrise markieren eine Zeit, die viel an Veränderungen aufwies, auch große machtpolitische Veränderungen, die z. T. andere Ursachen hatten, aber die gestaltet werden mussten. Sie beide hat die Weltpolitik seither nie mehr losgelassen, Sie beide haben seitdem sich kontinuierlich mit Weltpolitik analytisch wie beratend, publizistisch wie gestaltend befasst und – was für uns heute ein großer Vorteil ist – Sie beide streben, soweit ich das erkennen kann, derzeit kein öffentliches Amt an, so dass Sie offen sprechen können.

Ich glaube, das ist eine gute Voraussetzung für unsere Debatte heute, die einige der Grundbegriffe und Grundprobleme dieser globalisierten Welt aufrufen soll und die Sie beide im Zwiegespräch – ich hoffe, dass Sie mich ab und zu auch noch dazwischen lassen – auffordern soll, einmal aus der Sicht Ihrer Erfahrungen über dieser Grundfragen zu reflektieren. Ich würde gerne mit Ihnen, Herr



Weltmacht und globale Ordnung

Dr. Kissinger, beginnen mit einer Frage, die ich danach auch Helmut Schmidt stellen werde. Sie bezieht sich auf die aktuelle Lage, weil wir uns von dort dann zu den Ursachen voran arbeiten sollten. Präsident Obama hat gesagt, dass die Vereinigten Staaten aus dieser Krise gestärkt hervorgehen werden. Wahrscheinlich ist man schon gestärkt oder bereichert, wenn man um einige Illusionen ärmer geworden ist in dieser Krise. Wo sehen Sie die Vereinigten Staaten in dieser Krise und aus dieser Krise heraus kommen?

Kissinger: Die Wirtschaftskrise hat offensichtlich viele Gründe und eine ihrer Hauptursachen ist, dass es eine große Kluft gab zwischen der wirtschaftlichen Weltordnung und der politischen

Kissinger: »Politisch war die Welt national oder regional organisiert und sie hat einigen der Konsequenzen der wirtschaftlichen Globalisierung nicht in vollem Umfang Rechnung getragen.«

Weltordnung. Die wirtschaftliche Weltordnung war zumindest theoretisch global und sie funktionierte nach dem Prinzip, dass die Märkte so wenig wie möglich eingeschränkt sein sollten und dass die Märkte ihre eigene Dynamik hätten. Politisch war die Welt national oder regional organisiert und sie hat einigen der Konsequenzen der wirtschaftlichen Globalisierung nicht in vollem Umfang Rechnung getragen. Erstens: Aus der Logik der Marktwirtschaft folgt, dass die einen gewinnen und die anderen verlieren. Dies gehört zu einer Marktwirtschaft. Die Verlierer – wenn die

Marktwirkung zu hart ist – werden ihre nationale Regierung oder welche politische Organisation sie auch repräsentieren um Hilfe fragen. Sollte die politische Organisation, an der sie sich orientieren, ihnen nicht helfen können, dann gibt es eine Legitimitätskrise. Zweitens: Da die Politiker durchweg nicht geglaubt hatten, dass eine große institutionelle Krise kommen würde, und weil man glaubte, dass die Märkte sich selbst regulieren würden, gab es, als sich eine weltweite Krise entwickelte, weder die Institutionen noch die Konzepte, um mit diesen umzugehen. Wir sind daher jetzt in der paradoxen Situation, dass eine Welt, die als globalisiert bezeichnet wurde, die Konsequenzen auf einer überwiegend nationalen Grundlage behandelt.

Auch wenn wir nun die wirtschaftlichen Aspekte des Problems erkannt haben, so glaube ich nicht, dass wir die politischen Aspekte des Problems völlig erfasst haben. Die wirtschaftlichen Aspekte sind erkannt und werden mit großer Energie angegangen, so dass man darauf hoffen kann, dass schlussendlich Amerika sich wirtschaftlich erholen wird. Zweitens denke ich, dass wir gezwungen sein werden – und das sollten wir ohnehin tun – über ein neues internationales System nachzudenken. Denn ich glaube nicht daran, dass die Konzentrierung der Finanzmacht in Wallstreet und zu einem Teil in London auch weiterhin vom Rest der Welt akzeptiert werden wird und diese



Weltmacht und globale Ordnung

Tatsache wird uns zu einem veränderten Ansatz drängen. Das bedeutet, dass diese Zeit – wenn die Staatsmänner weit voraus blickend agieren – als eine große Zeit der Transition in die Geschichte eingehen wird.

Janning: *Lassen Sie mich einen Punkt, den Sie u.a. auch gemacht haben, an Bundeskanzler Schmidt weiterreichen. Sie haben gesagt, dass wir in dieser globalen Krise nationale Reaktionen suchen. Mir scheint, wenn große Summen Geld des Steuerzahlers im Spiel sind, dass sich die Politik so verhält wie bei Entscheidungen über Kampftruppen: Diese Entscheidungen sind fast immer national. Wenn das so ist, ist es überhaupt möglich, einen handlungsfähigen, entscheidungsfähigen internationalen Verbund zu schaffen, um auf Krisen wie die jetzige angemessen zu reagieren?*

Schmidt: Lassen Sie mich vorweg sagen, dass ich mit dem, was Henry eben ausgeführt hat, sehr weitgehend übereinstimme. Zweitens möchte ich vorweg darauf aufmerksam machen, dass das Stichwort „Globalisierung“ heute vor 20 Jahren niemand in der Welt verstanden hätte. Auch noch im Jahre 1990 oder 1991 oder 1992, als die Sowjetunion auseinander brach, hat niemand verstanden, dass wir im Begriff waren, eine tief greifende Veränderung der Struktur der Welt zu erleben. Bis 1990 war die Welt eingeteilt in West und Ost und dann gab es außerdem die so

genannte „Dritte Welt“ der so genannten „Entwicklungsländer“. Aber um die Wende der neunziger Jahre haben wir nicht nur den Zusammenbruch der Sowjetunion erlebt, sondern gleichzeitig eine unglaubliche Wiederauferstehung Chinas. Wir haben eine politische Globalisierung der Welt erlebt, ohne es zu begreifen. Zum Beispiel gingen die alten Feindschaften zwischen der Sowjetunion, nunmehr der Russischen Föderation und den Vereinigten Staaten von Amerika weiter. Die alten Animositäten zwischen Amerika und China gingen einfach weiter, so als ob wir noch in der alten Welt lebten. Und dann kam die Veränderung des außenwirtschaftlichen Benehmens dieser Weltmächte China und Russland hinzu. Sie öffneten sich für die Welt, für die Weltmärkte. Der eine wurde zum großen Exporteur von Öl und Gas, der andere wurde zum großen Exporteur von industriell gefertigten Manufakturwaren und ganz plötzlich gab es wirkliche Weltmärkte. Bis dahin hatte es einen Weltmarkt gegeben für Öl, es hatte einen Weltmarkt gegeben für Eisenerz oder für Stahl, vielleicht auch noch für Getreide, mehr nicht. Aber nunmehr wurde im Lauf der letzten beiden Jahrzehnte – der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts und des ersten Jahrzehnts in diesem Jahrhundert – fast jeder Staat der Welt bis hin zu den schwarzafrikanischen Staaten und ganz sicher einschließlich Brasiliens, Mexikos, Venezuelas, einschließlich einer Reihe von asiatischen Staaten,



Weltmacht und globale Ordnung

Teil eines zusammenhängenden weltwirtschaftlichen System von Märkten. Das ging ganz gut bis in das erste Jahrzehnt dieses Jahrhunderts. Aber nun kommt die erste große weltwirtschaftliche Krise von tieferen Ausmaßen, als wir sie jemals im ganzen 20. Jahrhundert erlebt haben, von größerem Ausmaß als etwa die Krise der Jahre 1929/30 und folgende, die damals China nicht betroffen hat, die damals die Sowjetunion nicht betroffen hat, die damals die heutigen OPEC-Staaten im Mittleren Osten nicht betroffen hat. Die Frage nach den richtigen Instituten, den richtigen Instrumenten ist richtig gestellt. Ich nenne Ihnen als Beispiel: Heute vor einem Jahr gab es auf deutschem Boden einen so genannten G-8-Gipfel. Das waren die sieben alten ökonomisch-industriell führenden Staaten plus Russland. Das war bereits ein Anachronismus, denn inzwischen spielt China eine Riesenrolle in der Weltwirtschaft, inzwischen spielen die OPEC-Staaten im Mittleren Osten eine riesenhafte Rolle in der Weltwirtschaft, aber die wurden nicht eingeladen. Jetzt haben wir seit dem Herbst des letzten Jahres zum allerersten Mal die Tatsache, dass die 20 wirtschaftlich wichtigsten Staaten zusammensitzen. Sehr vage in der erreichten Übereinstimmung, mehr Papier als Wolle, aber immerhin ein Anfang, ein sehr verspäteter Anfang. Es gibt ein paar alte Institutionen, wie die Weltbank und den Weltwährungsfond, die hätten längst genutzt werden können für die Koordinierung der

ökonomischen Politiken, aber das hat man nicht getan. Ich würde immer noch glauben, dass der Weltwährungsfond eine Einrichtung von sehr großer Sachkenntnis und Personalbestand und sehr großem sachlichen Urteilsvermögen ist. Ich glaube auch immer noch, dass dem Weltwährungsfond eine sehr wichtige Rolle zugeschrieben werden sollte. Die heutige Weltwirtschaftskrise ist ja ausgegangen von einer Krise des amerikanischen Finanzkapitalismus, oder anders gesagt von einer Krise des Bankensystems in Wallstreet, wie Henry gesagt hat, und in London.

Schmidt: »Wir haben eine politische Globalisierung der Welt erlebt, ohne es zu begreifen.«

Das Vertrauen in die Kreditbereitschaft der Banken wird nur zurückkehren, wenn die Banken selber

wieder gesund sind. Die Banken müssen gesundet werden und das ist ein ganz dickes Problem. Im Augenblick versuchen alle Länder das auf ihre eigene Weise und außerdem versuchen alle Länder, jeder auf eigene Weise, durch Stimulantia, durch so genannte Konjunkturprogramme die allgemeine Nachfrage nach Gütern wieder zu beleben. Zusammengefasst: Es gibt zwar eine Konferenz der 20, die trifft sich am 2. April [2009] das nächste Mal, aber es gibt bisher keine wirkliche gemeinsame Strategie. Die Frage, die Sie stellen, ist richtig gestellt und die Antwort besteht



Weltmacht und globale Ordnung

darin, dass man zugeben muss, die Institutionen gibt es – noch – nicht.

Janning: *Henry Kissinger, für diese Strategie, die Helmut Schmidt anspricht, welches Maß an Übereinstimmung, auch an gemeinsamem Handlungswillen ist dazu erforderlich? Ich denke daran, dass sich Schmidt und Giscard d'Estaing ja seinerzeit in den siebziger Jahren, als sie den Impuls gaben zu diesen Treffen, auf ein Fundament von Gemeinsamkeiten stützen konnten. Nicht in jeder einzelnen Frage, aber doch insgesamt in der Übereinstimmung, dass es einen Koordinationsbedarf gab. Hat die Gruppe der 20, die ja in Washington unter Präsident Bush zum ersten Mal zusammen gekommen ist, bereits dieses Grundgerüst an Gemeinsamkeiten oder ist sie einfach nur die Gruppe schlicht der größten Länder?*

Kissinger: Im Moment hat die G-20 nicht die Struktur, dass sie sich mit den institutionellen Fragen befassen kann. Aber es ist eine logische Organisation, weil sie die aus wirtschaftlicher Sicht wichtigsten Länder aus allen Teilen der Welt umfasst. Wie wollen sie zunächst eine gemeinsame Analyse des Problems und danach eine gemeinsame Lösung erreichen? Das ist zur Zeit sehr schwer vorauszusagen.

Janning: *Können die USA diesen Prozess führen?*

Kissinger: Ich glaube nicht, dass man zur Zeit in den Vereinigten Staaten davon überzeugt ist, dass die technischen Probleme zur Bewältigung dieser Krise am besten auf einer multilateralen Grundlage angegangen werden und einer der Gründe dafür ist, dass jedes Land sich drängenden Fragen der Arbeitslosigkeit, des Bankensystems und der daraus resultierenden Schwierigkeiten gegenüber sieht. Man kann daher dem politischen Prozess nicht damit helfen, indem man ihn unterbricht, während irgendeine internationale Organisation einen institutionellen Rahmen definiert. Aber was man erwarten kann und was ich denke, dass die amerikanische Regierung versuchen wird, ist, dass sie dieser G-20 ein übergeordnetes Konzept vorlegen wird. Ich hoffe, dass sie der amerikanischen Versuchung widerstehen wird zu sagen, dass dies das einzig Machbare sei und dass ihr alle anhand des Maßes eures Respekts für unsere Tiefgründigkeit beurteilt werden werden.

Kissinger: »Es wird nicht funktionieren, nationale politische Strategien und globale wirtschaftliche Politiken weiterzuführen.«

Aber ich hoffe und erwarte, dass sie etwas vorlegen werden und dass sie auf die Natur des Problems eingehen

werden, dass anschließend ein institutioneller Rahmen geschaffen wird und dann, denke ich, werden einige Diskussionsforen geschaffen



Weltmacht und globale Ordnung

werden müssen. Ich glaube, dass die G-20 nicht schon die akuten Probleme wird lösen können, aber sie werden in der Lage sein, mit den Ergebnissen, die sich aus den akuten Problemen ergeben, umzugehen und sie auf einer globalen Basis institutionalisieren. Es wird aber nicht funktionieren, nationale politische Strategien und globale wirtschaftliche Politiken weiterzuführen, ohne dass dies zu einer Dauerkrise führt, denn dies würde Spekulanten in die Lage versetzen, unbedrängt zwischen den verschiedenen Gruppen zu manövrieren.

Janning: *Herr Bundeskanzler, kann die EU diesen Prozess führen? Ich verbinde damit gleichzeitig die Frage: Kann man in der globalisierten Welt überhaupt in diesem klassischen Sinne von Führung sprechen?*

Schmidt: Einen klassischen Sinn von Führung der Welt hat es bisher noch nie gegeben. Es hat Leute gegeben, die sich eingebildet haben, sie seien die Führer der Welt, das ist wahr. Oder die sich eingebildet haben, sie würden zum Führer der Welt. Dazu gehört Hitler, dazu gehört Stalin, vielleicht Mao Zedong, ich weiß es nicht. Aber tatsächlich hat es keine klassische Führung der Welt gegeben. Die EU ist gegenwärtig kaum handlungsfähig, die kann nicht mal ihre eigenen Angelegenheiten führen.

Die Europäer haben seit 1990, genauer gesagt seit ihrer Maastrichter Konferenz 1991/92 einen ganz großen Fehler gemacht. Einerseits haben

Schmidt: »Die EU ist gegenwärtig kaum handlungsfähig, die kann nicht mal ihre eigenen Angelegenheiten führen«

sie eine Vielzahl von Ländern im Osten Mitteleuropas, aber auch im Süden als neue Mitglieder aufgenommen, das ist in Ordnung. Aber sie haben versäumt, gleichzeitig die Spielregeln dieses Vereins an die Verdopplung ihrer Mitgliederzahl anzupassen. Wir haben 20 Jahre lang die europäische Integration schrittweise vorangetrieben, zunächst mit sechs Mitgliedsländern: Frankreich, Italien, Deutschland, Holland, Belgien, Luxemburg. Dann haben wir ein ganzes weiteres Jahrzehnt gebraucht, um drei neue Mitglieder aufzunehmen: nämlich England, Irland und Dänemark. Anschließend haben wir noch mal ein weiteres Jahrzehnt gebraucht, um drei neue Mitglieder aufzunehmen: Das waren Spanien und Portugal und Griechenland. Und nun plötzlich sind wir auf 27 – bald wahrscheinlich schon 28 – Mitglieder gekommen, aber die Spielregel ist die gleiche geblieben, nämlich Einstimmigkeit. Und wir haben inzwischen in Brüssel eine Kommission mit 27 Mitgliedern. Stellen Sie sich mal den Bertelsmann-Konzern mit 27 gleichberechtigten Vorstandsmitgliedern vor: Dass der nicht arbeits- und handlungsfähig sein kann, das liegt auf der



Weltmacht und globale Ordnung

Hand. Und genauso liegt es auf der Hand, jedenfalls für mich, im Gegensatz zu einem Großteil der Medien, dass die 27 Mitglieder des Europäischen Rates wirklich nicht in der Lage sind, auch nur ihre eigenen Angelegenheiten zu führen, geschweige denn die Angelegenheiten der Welt. Das ist hier keine Schwarzmalerei, das ist reiner Realismus, den ich hier zum Ausdruck bringe.

Janning: *Da würde ich gerne an einem Punkt noch mal nachhaken, auch wenn Sie mir dies nachsehen mögen, Henry Kissinger, da dies eine gewissermaßen innereuropäische Debatte ist. Seit Maastricht hat es ja unzählige Anläufe gegeben, genau das Problem, das Sie angesprochen haben, zu kurieren. Die Schwierigkeit dabei scheint doch gewesen zu sein, dass es immer schwerer gefallen ist, die von Ihnen eingeforderte Notwendigkeit institutioneller Effizienz öffentlich zu vermitteln, Mehrheiten dafür zu bekommen in den verschiedenen Staaten der Europäischen Union, von denen ja einige auch Referenden veranstaltet haben.*

Schmidt: Es war weniger die Schwierigkeit zu vermitteln, sondern es war mehr der Mangel an Einsicht in den Köpfen von Außenministern.

Janning: *Sie glauben also nach wie vor, die Öffentlichkeiten würden diesen Weg mitgehen, wenn es überzeugende Formate gäbe?*

Schmidt: Ich neige dazu, diese Frage zu bejahen.

Janning: *Ich würde gerne diesen Aspekt der Führung noch mal aufnehmen. Henry Kissinger hat sich ja selbst auch mit Europa und den Anforderungen an Europa beschäftigt. Wenn man das, was Helmut Schmidt für die Welt, dann speziell für die EU gesagt hat, noch mal aus einer amerikanischen Perspektive betrachtet: Ist die globalisierte Welt führbar oder unführbar geworden? Sind die klassischen Ressourcen von Führung wie große Wirtschaft, große Macht, auch großer Einfluss, ein globales Allianzsystem in der heutigen internationalen Politik nichts mehr wert?*

Kissinger: Nein. Um darüber in internationalen Systemen nachzudenken, muss man sich fragen, welches seine Bestandteile sein werden und welches seine Aufgaben sein werden. Immanuel Kant schrieb vor 200 Jahren, dass es irgendwann Weltfrieden geben wird, entweder durch menschliche Einsicht oder durch Katastrophen eines Ausmaßes, die diese Notwendigkeit durchsetzen würden, und jedes internationale System steht auf die eine oder andere Weise vor dieser Notwendigkeit. Denn wenn man sagt, es kann nicht geführt werden und es kann nicht organisiert werden, dann bedeutet das, dass seine individuellen Tendenzen außer Kontrolle geraten werden, bis sie ein Dilemma hervorrufen werden, das unbedingt nach einer Lösung verlangt. Wir



Weltmacht und globale Ordnung

leben in einer Welt der globalisierten Kommunikation und gewissermaßen globalisierten Wirtschaft, in der Vorgänge in einer Bank in Singapur vor zehn Jahren eine große europäische Institution zum Einsturz gebracht haben. Es gibt also die Notwendigkeit für Globalisierung. Gleichzeitig haben natürlich Länder von der Größe der Vereinigten Staaten erheblichen Einfluss. Die Führungskraft der Vereinigten Staaten besteht darin, ihre Fähigkeiten korrekt einzuschätzen und ein internationales System zu schaffen oder

Kissinger: »Die Führungskraft der Vereinigten Staaten besteht darin, ihre Fähigkeiten korrekt einzuschätzen und ein internationales System zu schaffen, an dem andere teilhaben wollen.«

zu einem internationalen System beizutragen, an dem andere teilhaben wollen, nicht weil sie dazu gezwungen sind, sondern weil sie zu der gleichen Überzeugung kommen. Wir werden das nicht mehr allein stemmen können. China wird eine immer wichtiger werdende Rolle

spielen, Indien wird eine Rolle spielen, Europa könnte eine Rolle spielen, so dass wir vier oder fünf Machtzentren hätten. Und dann wird die Frage sein: Können vier oder fünf Zentren diese Aufgabe bewältigen? Sie werden es müssen und sie werden es wahrscheinlich schaffen. Der Beitrag der Vereinigten Staaten wird sein, dass sie sich ändern werden. Wir waren so dominant, dass wir dazu neigten zu glauben, die internationale Ordnung bestünde darin, dass andere unsere Pläne verstanden. Wir werden bescheidener werden müssen, was unsere Pläne angeht, aber wir

müssen entschlossen sein bezüglich der Richtung, in die die Welt gehen soll. Was langfristig zu einer Katastrophe führen würde, wäre ein asiatischer Block unter der Führung Chinas, ein europäischer Block und dann ein amerikanischer Gegenblock. Diese Konstellation würde zu einer Diplomatie führen, wie wir sie aus dem 19. Jahrhundert kennen, angeführt von regionalen Blöcken mit großen Waffenarsenalen und enormen Ressourcen und das muss verhindert werden. Aber bis dahin ist noch ein weiter Weg.

Janning: *Helmut Schmidt, sehen Sie diese Rolle? Henry Kissinger hat von fünf Zentren der Autorität, der weltpolitischen Autorität gesprochen, dabei ja auch Russland im Sinn gehabt, China im Sinn gehabt, Indien im Sinn gehabt. Sehen Sie ...*

Kissinger: Japan.

Janning: *... Japan im Sinn gehabt. Sehen Sie die Akteure in dieser Weise engagiert? Oder wie kalkulieren die neuen Mächte, die ja im Grund keine neuen Mächte sind, sondern zurückkehrende Akteure, wie kalkulieren diese ihre Interessen und ihre Rolle in der internationalen Politik?*

Schmidt: Im Prinzip würde ich Henry zustimmen mit seinem multilateralen Konzept. Das gesagt will ich aber eins hinzufügen. Ich rechne damit, dass wir im Lauf der nächsten Jahrzehnte erkennen werden,



Weltmacht und globale Ordnung

dass es auch eine Art von Zusammenschluss der islamischen Welt und der islamischen Staaten geben wird. Von den ungefähr 200 Staaten der Welt wird ein Viertel islamisch geführt. Das ist ungefähr ein Viertel der Menschheit und der Zufall will es, dass z.B. Saudi-Arabien und die anderen Golfstaaten und der Iran über die Masse der Erdöl- und Gasreserven verfügen, d.h. über einen ganz wichtigen Faktor in der Weltwirtschaft der nächsten 20, 30 Jahre. In diesem so genannten 20iger-Gipfel ist ein islamisches Land vertreten, das ist Saudi-Arabien, außerdem, am Rande, Indonesien. Indonesien ist der größte islamische Staat der Welt, einstweilen von geringer wirtschaftspolitischer, einstweilen von geringer geopolitischer Bedeutung. Die kann aber gewaltig wachsen.

Ich will in dem Zusammenhang auf einen anderen Punkt aufmerksam machen. Zu meiner Regierungszeit hatte Deutschland einen Exportanteil von weniger als 25 % des Inlandsproduktes. Heute sind wir bei dem Doppelten. Wir hatten im Jahr 2007/2008 einen Exportanteil von 47% des Inlandsproduktes, d.h. soweit hängen wir ab von der Entwicklung der Nachfrage auf den Weltmärkten. Es gibt andere Staaten, die viel weniger abhängig sind, z.B. die USA. Die USA exportieren genauso wenig oder genauso viele Güter wie Deutschland, obwohl in den USA 300 Millionen Menschen leben und in

Deutschland nur 80 Millionen. Und es gibt andere Staaten, kleinere Staaten, wie z.B. Holland, wie Luxemburg, wie Singapur, die in viel höherem Maße abhängig sind von den Weltmärkten als etwa Deutschland. Ich will ein Beispiel geben: Singapur – 6 oder 7 Millionen Einwohner – exportiert über 200 % im Verhältnis zu seinem Inlandsprodukt und importiert über 200 % im Verhältnis zu seinem Inlandsprodukt. Das heißt, das Land ist noch viel abhängiger von der weltwirtschaftlichen Gesamtentwicklung als etwa Deutschland. Um auf Amerika zurückzukommen: Weil Amerika relativ geringfügig abhängig ist von den Entwicklungen der Weltwirtschaft, halte ich es für wahrscheinlich, dass die stimulierenden Anstrengungen der neuen Administration in Washington relativ eher erfolgreich sein werden, weil sie sich auf die Binnenwirtschaft Amerikas beziehen, als etwa die stimulierenden Anstrengungen der chinesischen Führung oder der französischen oder der deutschen Regierung.

Es scheint mir aber wichtig zu sein, dass Henry vorhin im Vorbeigehen die ewige Versuchung der Amerikaner, sich als die Führer der Welt zu empfinden, erwähnt hat. Ob sie dieses Mal dieser Verführung gewachsen sein werden, wird für viele andere in der Welt von erheblicher Bedeutung sein. Dass wir finanzpolitisch in den letzten anderthalb Jahrzehnten uns der Führung des so genannten „Washington Consensus“ anheim



Weltmacht und globale Ordnung

gegeben haben, war ein Fehler, den wir alle, auch wir übrigen verantworten müssen. Wir haben ein bisschen gegengesteuert, indem wir in Europa eine gemeinsame Währung geschaffen haben. Gott sei Dank! Ohne den Euro wären unsere Lira, unsere Francs, unsere Gulden, unsere D-Mark, wir wären alle längst Objekte der Spekulation der Investmentbanker und der Hedgefondmanager in Wallstreet geworden. Einen kleinen Anfang haben wir geschafft. Die europäische Währung kann niemand wieder beseitigen. Gott sei Dank! Es kann auch niemand den gemeinsamen europäischen Markt wieder beseitigen. Selbst die Engländer würden nicht austreten wollen, ohne sich selber einige Gliedmaßen abzuschneiden. Das ist ein Vorteil, aber kein ausreichender Vorteil.

Ich hoffe, dass sich aus den G-20-Aktivitäten eine ganz wesentlich neue, zusätzliche Aufgabenstellung für den Weltwährungsfond entwickeln wird, in zweierlei Hinsicht: Einerseits muss es bei seiner Rolle des währungspolitischen Beistandes für Länder bleiben, die außenwirtschaftlich ins Defizit geraten.

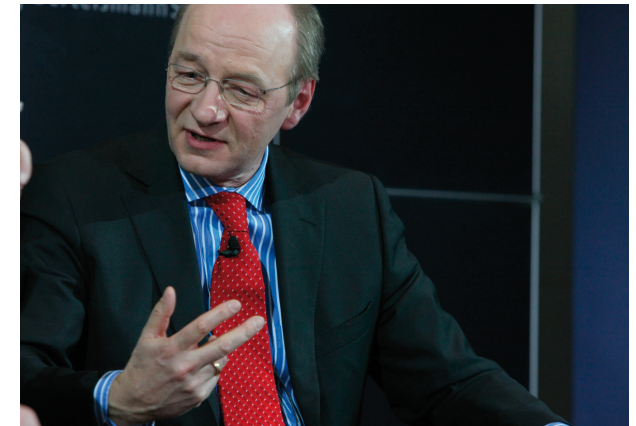
Schmidt: »Wir brauchen eine Instanz, die die Bankaufsicht, die Finanzaufsicht und die Aufsicht über die Finanzinstrumente in der Welt auf einheitliche Maßstäbe bringt.«

Zum anderen aber brauchen wir eine Instanz, die die Bankaufsicht, die Finanzaufsicht und die Aufsicht über die Finanzinstrumente in der Welt einigermaßen auf einheitliche Maßstäbe bringt. Das wird den Amerikanern besonders schwer fallen, sich dem zu unterwerfen. Es wird den

Engländern schwer fallen, sich dem zu unterwerfen. Die Franzosen und die Deutschen sind eher regulierungsgeneigt als die Angelsachsen. Ich nehme an, zu einem erheblichen Teil werden sich im Laufe der nächsten zwei, drei Jahre die Europäer in diesem Punkt durchsetzen. Aber zu einem wichtigen anderen Teil werden sie Kompromisse schließen müssen mit Washington und mit Wallstreet und mit der City of London.

Janning: *Henry Kissinger, ich würde gerne noch einmal auf diesen Punkt zurückkommen, von dem Helmut Schmidt ausgegangen ist. Was wollen eigentlich andere große Akteure? Wie sieht die Welt aus deren Perspektive aus? Sie sind derjenige gewesen, der in der amerikanischen Politik die Türen geöffnet hat, als es darum ging, das Verhältnis mit China auf eine andere Grundlage zu stellen. Gibt es in diesem Konzert der globalen Autoritäten so etwas wie eine minimale "strategic culture", d.h. ein minimales Grundverständnis, dass man selbst zu einem Kreis von Akteuren gehört, der besondere Verantwortung besitzt und der deswegen in besonderer Weise sein Verhalten daraufhin kalkuliert, wie die anderen es interpretieren bzw. wie es wirkt im Konzert der Interessen der anderen?*

Kissinger: Wir sollten diese Diskussion nicht in der Annahme führen, dass wir es mit 20 rationalen Akteuren zu tun haben, die sich zusammengesetzt und auf konsistente Weise ihre nationalen



Weltmacht und globale Ordnung

Interessen definiert haben. Auf all meinen Reisen werde ich gefragt, wie die amerikanische Politik zu dieser oder jener Frage steht. Nach meiner Erfahrung ist Politik eher eine Reaktion auf die Umstände, jedenfalls viel öfter eine Reaktion auf Umstände als ein langfristiger Plan. In unserer Regierung sowieso und vielleicht auch in anderen werden die so genannten Planungsstäbe dafür genutzt, Reden für die Chefs zu schreiben oder Strategiepapiere, die eine Art halbakademische Übung sind. Daher ist das erste, was jede Regierung für sich zu tun hat, eine Analyse dessen, wo sie genau steht. Einer der Vorteile der aktuellen Krise ist, dass die Schlüsselländer sich fragen müssen, wie sie in diese Lage geraten sind, was sie hätten vermeiden müssen, um nicht in diese Lage zu geraten und welches die Konsequenzen sein werden. Als Amerikaner schmerzt es auch diesmal zu sagen, aber es stimmt, dass nahezu jedes Land, das die Lage analysiert, die Vereinigten Staaten bis zu einem gewissen Punkt verantwortlich machen wird und es wird daher einerseits versuchen, sich vom Handlungsdruck zu befreien. Aber auf der anderen Seite werden sie, wenn sie ihre Probleme untersuchen, zu dem Schluss kommen, dass sie sie nicht ohne die Vereinigten Staaten lösen können. Und wir werden merken und wir merken jetzt schon, dass wir die Kooperation der Schlüsselländer brauchen. Wenn Hillary Clinton die Chinesen öffentlich darum bittet, auch weiterhin amerikanische Produkte

zu kaufen, dann werden wir alle wissen, dass die Chinesen eine sehr rationale und sorgfältige Außenpolitik betreiben und dass sie nicht darauf eingehen werden ohne langfristige Vorteile für sich selbst. Ich sage also, dass eine korrekte Analyse der Lage eine Definition der Notwendigkeit gemeinsamen Handelns hervorbringen wird. Dies erlegt den politischen Führern die Verpflichtung auf sicherzustellen, dass sie nicht so auf die drängenden aktuellen Probleme fixiert sind, dass sie sich nicht mehr den wichtigen langfristigen Problemen zuwenden können. An diesem Punkt ermöglicht die Tatsache, dass wir eine neue Regierung haben, es dieser neuen Regierung, neue Anreize zu geben und angesichts dessen, was ich in einigen Ländern gesehen habe, denke ich, dass die Chinesen sicherlich tief in sich gehen werden. Ich kann nicht beurteilen, was in anderen Ländern geschieht. Ich glaube daher nicht, dass man erwarten kann, dass die Staats- und Regierungschefs mit einem ausgearbeiteten Plan zum G-20-Treffen kommen werden und es ist vermutlich ohnehin besser, wenn sie das nicht tun. Sie müssen zunächst ihre Bedürfnisse definieren. Aber die Realität wird sie dazu bringen, im Laufe der Jahre zu einem gemeinsamen Vorgehen zu kommen.

Janning: *Darf ich eine andere Bemerkung von Helmut Schmidt aufgreifen, nämlich die nach der islamischen Welt als einem Akteur in diesem*



Weltmacht und globale Ordnung

Prozess. Er hat von Saudi-Arabien und Indonesien gesprochen. Es zeigt sich ja, dass es gewissermaßen kein natürliches Zentrum der islamischen Welt gibt, sondern wahrscheinlich mehrere konkurrierende Zentren. Sehen Sie die Perspektive, wie Helmut Schmidt, eines islamischen Faktors auf dieser oberen globalen Ebene?

Kissinger: Die Frage nach der Zukunft des Islam wird eines der großen, die gesamte Welt betreffenden Probleme der nächsten Jahrzehnte sein. Wird der Islam sich selbst organisieren oder, wenn der Islam sich selbst in entweder große Staaten oder eine Einheit organisieren wird, wenn also der Islam sich selbst organisiert, wird er es von dem Standpunkt aus machen, dass er eine universale Religion darstellt, der andere folgen müssen, damit der Islam seinen historischen Auftrag erfüllen kann?

Kissinger: »Die Frage nach der Zukunft des Islam wird eines der großen, die gesamte Welt betreffenden Probleme der nächsten Jahrzehnte sein.«

Oder werden sie einen eher säkularen Ansatz wählen, in dem der Islam die Religion seiner Bevölkerung ist, aber keine Verpflichtung anderer Staaten sein wird, sich damit zu befassen?

Wenn sie sich für den ersten Weg entscheiden, dann werden wir uns auf eine längere Zeit der Konfrontation gefasst machen müssen. Wenn es sich darum handelt, dass der Islam den Rest der Welt verändert, dann werden andere Regionen in

eine Konfrontation hineingezogen. Wenn der Islam ohne Rücksicht auf die Vorgänge im Inneren seiner angestammten Region handelt und nach außen hin einen multilateralen und pluralistischen Ansatz anerkennt, dann wäre er ein wichtiger Faktor des internationalen Systems.

Janning: *Teilen Sie eine solche Perspektive, Herr Schmidt? Sehen Sie Chancen für eine säkulare Grundstimmung der islamischen Welt?*

Kissinger: Säkular in Bezug auf die Außenwelt, nicht notwendigerweise nach innen.

Janning: *... säkular in Bezug auf die Außenwelt, auf die internationale Umgebung.*

Schmidt: Wenn ich Henry richtig verstanden habe, hat er zwei verschiedene Möglichkeiten der Entwicklung der islamischen Welt einander gegenüber gestellt. Dem würde ich zunächst einmal zustimmen. Das ist beides denkbar. Ich würde aber hinzufügen wollen und ich wiederhole mich, wir anderen, z.B. wir Amerikaner, wir Europäer, wir Chinesen, wir Inder, wir Russen, müssen wissen, dass es diese beiden Möglichkeiten gibt. Es ist ein schwerer Fehler, diese 50 islamischen Staaten, jeden für sich, relativ schlecht zu behandeln. Vielleicht mit der Ausnahme Saudi-Arabiens, mit der teilweisen Ausnahme Ägyptens, ganz gewiss nicht mit der



Weltmacht und globale Ordnung

Ausnahme Iraks oder Afghanistans. Keiner redet über Bangladesh, keiner redet über Pakistan, keiner redet über Indonesien, riesige Länder mit einer schnell wachsenden Bevölkerung. Iran wird am Ende dieses Jahrhunderts über 100 Millionen Einwohner haben. Die Türkei wird über 100 Millionen Einwohner haben. So zu tun, als ob dies eine quantité négligeable sei, ist ein schwerer Fehler fast des gesamten Westens. Ich kann nur hoffen, dass dieser Ansatz, diese Länder einzubeziehen, bei G-20 endlich Schule macht. Wenn man sie nicht einbezieht, macht man denselben Fehler, den man bis in die jüngere Vergangenheit gegenüber der Sowjetunion und gegenüber China gemacht hat.

Janning: *Wir haben uns ja in früheren Zeiten angewöhnt, gewissermaßen die Welt relativ einfach zu unterscheiden in Mächte, die eine Status quo-Politik verfolgen und solche, die eine Status quo-Veränderung, also eine Veränderung der aktuellen Zustände herbeiführen möchten. Oft haben diese Kategorisierungen wiederum das Verhältnis der Staaten untereinander bestimmt. Ich glaube, die USA haben sich nie als eine Status quo-Macht verstanden, haben immer auf uns Europäer als den eigentlichen Kern der Status quo-Welt geschaut. Wie sehen Sie beide Indien und China? Wie sieht die Binnenperspektive der politischen Eliten dieser beiden großen Länder aus?*

Kissinger: Mir scheint, dass Chinas historischer Hintergrund dergestalt ist, dass die Chinesen sich eher als eine gemeinsame Kultur denn als ein europäischer Nationalstaat im Sinne des 19. Jahrhunderts betrachten. Ihre Lehren aus der Geschichte sind so, dass sie noch nie in einem dem europäischen ähnlichen internationalen System gelebt haben, weil China noch nie einen gleichwertigen Nachbarn hatte. Das außenpolitische Problem Chinas hat also zwei historische Seiten. Erstens: Wie sollte man die Beziehungen zu den fast schon stammesartig organisierten Nachbarn gestalten, die in der Lage waren, die eigene Sicherheit zu bedrohen, eine Sicherheit, deren Handlungsprinzip war, den entfernten Barbaren gegen den näher wohnenden Barbaren auszuspielen? Und zweitens: Wie sollte man mit dem Rest der bekannten Welt umgehen? Anders als in der Diplomatie, die ich an der Universität gelernt habe, wurde dies nicht mittels "Balance of Power" erledigt, sondern mit einem konfuzianischen System, in dem jedes Land als eine Art chinesischer Vasallenstaat kategorisiert wurde, der eine Verpflichtung gegenüber China hatte und der mit großem Respekt behandelt wurde, wenn seine Vertreter nach China kamen. Aber es war eine andere Art der Außenpolitik. Als die Briten Ende des 18. Jahrhunderts einen Botschafter nach China schickten, weigerten sich die Chinesen ihn zu akzeptieren, weil es für sie unannehmbar war, dass fremde Botschafter in



Weltmacht und globale Ordnung

Beijing lebten. Stattdessen verliehen sie ihm einen erhöhten Vasallenstatus. Das liegt nun alles in der Vergangenheit. China muss sich mit der Welt arrangieren, in der dieses System offensichtlich nicht funktioniert und ein chinesisches Bemühen, es zu reaktivieren, ist nicht erkennbar. Die chinesische Geschichte ist nicht von militärischer Expansion geprägt, sondern von wirtschaftlicher und kultureller Expansion. Wer mit den Chinesen zu tun hat, und ich bin mir sicher, dass Helmut mit mir einer Meinung ist, wird feststellen, dass ihr Umgang mit Fremden eine Demonstration ihrer Majestät und eine Demonstration ihrer puren Macht ist. Natürlich ist Macht eine gute Sache. Wenn also Menschen aus dem Westen nach China kommen und den Chinesen Vorträge über deren eigene innere Organisation halten, ist das eine gute Voraussetzung für einen schwierigen Dialog, weil die Chinesen glauben, dass sie es ganz gut geschafft haben, anders als alle Außenseiter, 4000 Jahre zu überleben ohne Ratschläge von außen. China ist keine Status quo-Macht in dem Sinn, dass sein Einfluss nach außen strahlen wird, egal was sie unternehmen. Aber es ist auch keine militärisch aggressive Macht. Indien dagegen – nun, wenn wir jedes Land der Reihe nach ansprechen wollen ...

Janning: *Lassen Sie uns von Helmut Schmidt hören, inwieweit er mit Ihnen übereinstimmt zu China und dann gehen wir auf Indien über. Denn mich würde*

interessieren, ob Sie die beiden gewissermaßen in Harmonie oder in Kontrast zueinander sehen.

Schmidt: Man kann einen Kontrast oder einen Konflikt zwischen China und Indien nicht total ausschließen. Er kommt mir aber nicht sonderlich wahrscheinlich vor. Immerhin ist da eins der höchsten Gebirge der Welt dazwischen und dieses Gebirge hat sich über Jahrtausende bewährt als Scheide zwischen dem Riesenvolk der Chinesen und den vielen Völkern der Inder. Indien wird in der Mitte dieses Jahrhunderts 1500 Millionen Einwohner haben. China wird in der Mitte dieses Jahrhunderts auch 1500, vielleicht ein bisschen mehr, Millionen Einwohner haben. Es gibt einen großen Unterschied: Die Chinesen können alle dieselben Schriftzeichen lesen. In Indien gibt es 18 oder 19 Amtssprachen.

In China gibt es keine das ganze Volk, die ganze Gesellschaft

Schmidt: »China hat sich im Laufe seiner ganzen Geschichte, nicht als expansive, aggressive Weltmacht aufgeführt, sondern die Chinesen haben eine sehr vorsichtige, gelassene Außenpolitik verfolgt.«

deckende Religion, in Indien gibt es zwei große Religionen – Hinduismus und Islam – und außerdem die ganz wichtige

Philosophie des Buddhismus. Indien ist sehr viel heterogener als China. Das, was Henry über China



Weltmacht und globale Ordnung

und die chinesische Geschichte der letzten 5000 Jahre gesagt hat, möchte ich unterschreiben. China hat sich im Laufe seiner ganzen Geschichte, auch unter Mao, später unter Deng Xiaoping, unter Jiang Zemin und unter Hu Jintao nicht als expansive, aggressive Weltmacht aufgeführt, sondern die Chinesen haben in bewunderungswürdiger Weise eine sehr vorsichtige, gelassene Außenpolitik verfolgt, sehr viel gelassener als früher die Europäer und sehr viel gelassener als bis vorgestern die Amerikaner.

Janning: *Beide Staaten legen offenbar ja auch einen großen Wert auf Integrität, wie sie sie verstehen. China legt außerordentlich hohen Wert auf territoriale Integrität und auch Indien ist in der merkwürdigen Lage, dass der Moment seiner Emanzipation gleichzeitig der Moment der Teilung dieses Kontinent ist, die aus indischer Sicht ja nicht das letzte Wort der Geschichte sein muss.*

Kissinger: Der strategische Schwerpunkt Chinas liegt in Nordostasien, mit einigen Interessen in Südostasien. Ich stimme daher Helmut zu, dass die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Angriffs Chinas auf Indien sehr gering erscheint. Der strategische Schwerpunkt der indischen Außenpolitik reicht von Singapur bis Aden oder Kairo, es ist Ost und West. In seinem eigenen Einflussbereich hat Indien eine Außenpolitik betrieben, die der britischen Außenpolitik unter

ähnlichen Umständen ähneln würde. Sie würden versuchen, die Entstehung eines dominanten Landes im Indischen Ozean zu verhindern, und daher sind ihre strategischen Ziele in dieser Region sehr parallel mit denen der Vereinigten Staaten zum jetzigen Zeitpunkt. Für jeden neuen Staat ist territoriale Integrität sehr wichtig. China ist nun kein neuer Staat, aber das traumatische Ereignis in der chinesischen Geschichte war die Abtrennung chinesischen Territoriums im 19. Jahrhundert als Ergebnis ausländischer Intervention und unter unterschiedlichen Vorwänden. Es war diese Erfahrung, die China von seiner Perzeption als Zentrum der Welt hin zu wenig mehr als einem Objekt der westlichen Politik veränderte. China reagiert daher allergisch auf jedwede Frage – Taiwan, Tibet, egal was – die mit Gebietsverlusten zu tun hat. Indien steht unter keinerlei Druck, Gebiete zu verlieren, aber das Land hat viele ungelöste Konflikte entlang seiner Grenzen oder in angrenzenden Ländern. Doch als Teil der wachsenden Selbstbehauptung dieser Länder werden sie mehr und mehr Teil des internationalen Systems werden. Ich denke, dass China dies versteht. Ich glaube, dass Indien angefangen hat, dies zu verstehen, aber das Verständnis beider Länder ist das wesentlich größerer Reiche, weil sie viel größere Einheiten sind, als die europäische Erfahrung gewesen ist.



Weltmacht und globale Ordnung

Janning: *Ich würde gerne eine weitere Frage aufgreifen, die in der bisherigen Arbeit des Global Policy Council der Bertelsmann Stiftung eine Rolle gespielt hat, und zwar angestoßen durch Henry Kissinger selbst. Nämlich die Frage nach der Sicherheit und insbesondere der Verbreitung nuklearer Waffensysteme. Henry Kissinger hatte uns vor zwei Sitzungen aufgefordert, einmal gründlicher darüber nachzudenken, was eine Welt mit 25 oder 30 Nuklearwaffenstaaten bedeuten würde, welche Risiken in ihr lägen und was deswegen zu bedenken und konzeptionell zu entwickeln sei, um diese Perspektive beeinflussen oder sich mit ihren Folgewirkungen auseinandersetzen zu können. Ich würde gerne die Frage zuerst an Helmut Schmidt richten, der sich ja wiederholt mit dem Thema befasst hat. Ich glaube sogar, in Ihrem jüngsten Buch haben Sie noch mal unterstrichen, wie wichtig es ist für eine globalisierte Welt, dass sie neue Anläufe unternimmt zur Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle.*

Schmidt: Das ist ein weites Feld. Lassen Sie mich anfangen mit den so genannten konventionellen Waffen, d.h. den nichtnuklearen Waffen, oder noch enger, lassen Sie mich anfangen mit den so genannten kleinen Waffen, als da sind Maschinenpistolen, Kalaschnikows, Handgranaten und dergleichen. Es gibt zur Zeit mindestens 200, vielleicht 250 Fabriken, in denen Kleinwaffen hergestellt und anschließend in die ganze

Welt exportiert werden. Ein generelles Verbot solcher Kleinwaffenexporte wäre ein Segen für Schwarzafrika, wäre ein Segen für den ganzen Mittleren Osten. Niemand hat das bisher ernsthaft vorzuschlagen gewagt.

Nun zurück zu Ihrer Frage der Nuklearwaffen. Da gibt es eine ganz klare Dichotomie zwischen den Nuklearwaffenstaaten einerseits und den Nichtnuklearwaffenstaaten andererseits. Es liegt 40 Jahre zurück, da haben die Vereinigten Staaten und die damalige Sowjetunion gemeinsam einen so genannten Atomwaffensperrvertrag entwickelt – NPT, Non Proliferation Treaty – und haben alle übrigen Staaten der Welt eingeladen und unter Druck gesetzt, diesem Vertrag beizutreten. Auf Deutsch sagt der Vertrag: Ihr, die ihr keine Nuklearwaffen habt bisher, ihr dürft auch in Zukunft keine haben und das soll international kontrolliert werden. Und wir, z.B. Deutschland, wir haben uns dem unterworfen und lassen uns kontrollieren. So lassen sich auch die Österreicher kontrollieren, so lassen sich die Luxemburger kontrollieren. So lassen sich viele Staaten der Welt kontrollieren. Der andere Teil der Welt, nämlich die Nuklearwaffenstaaten, die haben in demselben Vertrag sich verpflichtet, alsbald zu verhandeln über die Abschaffung der Nuklearwaffen. Aber das haben sie niemals getan. Es gibt eine einzige Ausnahme. Das ist der im Jahre 1987 zustande gekommene Vertrag zwischen den Vereinigten



Weltmacht und globale Ordnung

Staaten von Amerika und der Sowjetunion, das war unter Ronald Reagan auf der einen Seite und Michail Gorbatschow auf der anderen Seite, zur Beseitigung der „Intermediate Nuclear Weapons“, der „Euro-Missiles“. Das ist die einzige Ausnahme, die sind wirklich damals auf beiden Seiten beseitigt worden, nicht wirklich beseitigt, aber jedenfalls in Europa beseitigt worden. Ansonsten

Schmidt: »Die bisherigen Nuklearmächte haben nichts für nukleare Abrüstung getan und der Rest der Welt hat das hingenommen.«

haben die bisherigen Nuklearmächte nichts getan für nukleare Abrüstung und der Rest der Welt hat das hingenommen. Es gibt einige Staaten in der Welt, die haben sich geweigert, diesem Nonproliferationsvertrag, diesem Atomwaffensperrvertrag beizutreten. Dazu gehört Israel, dazu gehört Indien, dazu gehört Pakistan. Diese drei sind inzwischen alle nuklear bewaffnet. Man weiß nicht genau, wie weit die Koreaner sind. Sie waren dem Vertrag beigetreten, hatten sich verpflichtet, sich nicht nuklear zu bewaffnen, dann sind sie aber ausgetreten aus dem Vertrag, was rechtlich in Ordnung ist. Man weiß nicht genau, wie weit sie sind. Man weiß auch nicht genau, was die Iraner tun. Iran ist ein Mitglied des Nonproliferationsvertrags und bisher hat noch niemand beweisen können, dass Iran den Vertrag verletzt. Was aber ganz leicht zu beweisen wäre, ist, dass Russland, Amerika, Frankreich, England und China den Vertrag nicht erfüllt haben. Bei dieser Sachlage ist es ein sehr erfreuliches Zeichen, dass vier

Amerikaner – Henry Kissinger, George Schultz, Sam Nunn und William Perry – dass vier Amerikaner gemeinsam auftreten und verlangen, Schritte in Richtung auf nukleare Abrüstung zu unternehmen. Es ist zum ersten Mal, dass es dergleichen in Amerika gibt. Wie groß die Chancen sind, dass ihr euch durchsetzt, Henry, das können Sie besser beurteilen als ich. Ich bin nicht sonderlich optimistisch.

Kissinger: Das Dilemma ist folgendes. Helmut hat die Struktur des Atomwaffensperrvertrages korrekt beschrieben. Wenn wir andererseits die Struktur des Atomwaffensperrvertrages zum leitenden Prinzip zukünftiger Diskussionen machen, dann werden wir nicht in der Lage sein, die atomare Entwaffnung der Welt schnell genug voranzutreiben, um sicherzustellen, was ich fast schon die Notwendigkeit der Vermeidung der Diffusion von Atomwaffen nennen würde. Und dann gibt es noch das zusätzliche Problem, wie man die atomare Entwaffnung der Welt definieren will.

Janning: *Ist die Diffusion denn noch aufzuhalten?*

Kissinger: Meine Sorge ist diese: Wenn die Verbreitung nuklearer Waffen weitergeht und wenn diese weiter und weiter in Hände geraten, die technisch möglicherweise nicht ausreichend zur Pflege und Kontrolle qualifiziert sind und in



Weltmacht und globale Ordnung

denen die Prinzipien, nach denen Außenpolitik gemacht wird, weniger restriktiv sind als es bisher der Fall gewesen ist, dann ist der Einsatz von Atomwaffen irgendwo wahrscheinlich.

Und dann haben wir die Situation, dass die Welt erlebt, wie 100.000 Menschen in 10 Minuten getötet werden. Das ist etwas, wovon ich nicht denke, dass das internationale System das aushalten kann, und dann wird die Öffentlichkeit von ihren Politikern verlangen, irgendeine Form

Kissinger: »Wenn die Verbreitung nuklearer Waffen weitergeht, dann ist der Einsatz von Atomwaffen irgendwo wahrscheinlich.«

internationaler Streitkräfte einzusetzen. Wir vier in den Vereinigten Staaten – die wir alle an eine starke amerikanische Verteidigung glauben, wir gehören nicht zur Antiverteidigungsfraktion des amerikanischen Establishments – sind der Überzeugung, dass Amerika seinerseits gewisse Schritte unternehmen muss um zu zeigen, dass man sich das vorgenommen hat. Aber auf der anderen Seite können die anderen Länder nicht warten, bis dieser hier beschriebene Prozess abgeschlossen ist, bevor sie selbst aktiv werden. Es ist von diesem Standpunkt aus meine Überzeugung, dass dies außer Frage steht, egal welche Regierung im Iran an der Macht ist. Es ist wichtig, die weitere Entwicklung von Atomwaffen im Iran und in Korea zu unterbinden. Und von manchen Standpunkten aus kann man sagen, dass das ungerecht ist. Die Herausforderung liegt darin, diese beiden Prozesse bis zu einem gewissen Grad

miteinander in Einklang zu bringen. Und ich gebe zu, dass ich nicht weiß, wie man die Welt atomfrei machen soll, wie man das Wissen unterdrücken soll. Ich bin aber völlig überzeugt, dass Atomwaffen niemals eingesetzt werden sollten. Und eine der Voraussetzungen dafür ist, die Verbreitung dieser Waffen in sehr gefährliche Gegenden zu verhindern, wo die Zurückhaltung klein und der Druck groß ist. Ich betrachte dies als eine Herausforderung der nächsten vier oder fünf Jahre, der wir außerordentlich große Aufmerksamkeit widmen müssen, denn sonst werden wir uns irgendwann einer Katastrophe gegenüber sehen. Das Problem, das ich Ihnen sagen muss, das mich am meisten bedrückt hat während meiner Zugehörigkeit zur Regierung, war, was ich sagen sollte, wenn der Präsident der Vereinigten Staaten mich fragen würde, ob wir den Punkt erreicht hätten, an dem keine Diplomatie mehr helfen würde, und ob wir unsere Atomwaffen einsetzen sollten. Ich erinnere mich an eine Unterhaltung mit Helmut, als er mir seine Bedenken in diese Richtung anvertraute. Und wir müssen eine Situation vermeiden, in der so etwas zur Debatte steht.

Janning: *Helmut Schmidt, Sie haben in Ihrer Amtszeit ja eine nicht vergleichbare, aber ähnlich herausfordernde Situation erlebt, als Sie die Tatsache der sowjetischen SS-20-Rüstung zum Anlass genommen, eine Antwort der Allianz zu*



Weltmacht und globale Ordnung

verlangen. Teil dieser Reaktion der NATO war ja die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen. Sie haben eben auf die Vereinbarung zwischen Reagan und Gorbatschow hingewiesen, die diese dann wieder beseitigt hat. Die Politik ist in dieser kritischen Phase der Sicherheit durch eine Rüstungsphase gegangen, um am Ende zur Abrüstung zu kommen. Kann das heute bei der Vielzahl der Akteure in der Welt noch ein Muster sein oder sind das Erfahrungen, die im Grunde mit der Globalisierung unserer Verhältnisse ihren Wert verloren haben?

Schmidt: Nein, ein Muster für die heutige Welt ist das nicht. Denn damals handelte es sich um zwei Nuklearmächte, die sich gegenüber standen, das waren die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika. Nein, ein Muster kann es nicht sein. Aber ich muss noch einmal sagen: Zur Zeit gibt es an einsetzbaren nuklearen Sprengköpfen auf der Welt ungefähr 20.000, die Masse davon in amerikanischen und in russischen Händen und ein paar wenige hundert in den Händen der Chinesen, der Franzosen, der Israelis, der Engländer, der Inder, der Pakistanis. Diese 20.000 einsetzbaren Sprengköpfe sind reiner Unfug. Darüber hinaus gibt es ungefähr noch einmal 20.000 oder 30.000 außer Dienst gestellte nukleare Sprengköpfe, die alle bewacht werden müssen, damit sie nicht in die Hände von Terroristen kommen. Ein reiner Wahnsinn! Und hier liegt eine amerikanische

Führungsaufgabe, einen Anfang zu machen mit nuklearer Einschränkung. Ich sage nicht totale Abschaffung – ich bin kein Phantast. Aber wenn ich sehe, wie heute neue Technologien entwickelt werden, um im Weltraum anderer Leute Satelliten abschießen zu können, anderer Leute Raketen abschießen zu können, Raketen, die ihrerseits nukleare Sprengladungen tragen, dann ist das eine neue Runde der Vorbereitung von nuklearer Kriegführung.

Kissinger: Aber das Dilemma, Helmut, ist folgendes: Von diesen 20.000 Sprengköpfen werden am ehesten die zum Einsatz kommen, die sich nicht unter sowjetischer oder amerikanischer Kontrolle befinden. Das Abkommen zur Begrenzung strategischer Waffen zwischen den Vereinigten Staaten und Russland läuft dieses Jahr aus. Ich vertraue sehr darauf, dass Verhandlungen aufgenommen werden, um es zu erneuern und ich wäre überrascht, wenn wir als ein Ergebnis dieser Verhandlungen nicht eine signifikante Reduzierung der Atomwaffen auf beiden Seiten von den aktuell jeweils ca. 2.000 Sprengköpfen auf eine niedrigere Zahl sehen würden. Also das wird es geben. Die einzige Frage ist: Wird das schnell genug gehen, um uns in die Lage zu versetzen, das Problem mit Iran, aber auch das Problem mit Nordkorea zu lösen? Denn wenn die Verhandlungen mit Nordkorea mit dem jetzigen Stand enden würden, würde das bedeuten, dass



Weltmacht und globale Ordnung

das Land über acht atomare Sprengköpfe verfügt, wofür es eine Plutoniumfabrik aufgegeben hat. Aber der gesamte Prozess würde so aussehen, als ob er den Besitz nuklearer Waffen legitimiere. Sogar Nordkorea ist ein Problem.

Janning: *Lassen Sie mich eine Frage nachschieben, Henry Kissinger. Sehen Sie eine Möglichkeit, dass in Zusammenhang mit neuen Schritten der Obama-Regierung auch ein großes Thema der letzten Jahre – der Raketenabwehrschirm der Amerikaner, dessen Teile in Polen und der Tschechischen Republik stationiert sind – künftig zu einer gemeinsamen amerikanisch-russisch-europäischen Angelegenheit werden könnte?*

Kissinger: Russland hat erst vor zwei Jahren eine gemeinsame Verteidigung, gestützt auf einige Anlagen, die sie in Südrussland hatten, vorgeschlagen, aber diese Verhandlungen sind nicht vorangekommen. Ich habe öffentlich dafür geworben, dass wir auf diesen Vorschlag eingehen sollten und ich finde ihn immer noch gut, weil die politische Symbolik, dass Russland, Europa und die Vereinigten Staaten in dieser Frage zusammenarbeiten, wichtig ist. Ich möchte auch wegen unseres polnischen Freundes hier sagen, dass wir Polen, wenn wir diese Richtung einschlagen, nicht behandeln sollten, als wäre das Land ein Objekt, dass wir manchmal benutzen und manchmal nicht. Wir sollten uns daran

erinnern, das, was im Zusammenhang mit diesen Verhandlungen geschehen ist, zu respektieren. Doch das Prinzip, das diese Verhandlungen respektiert, sollte sich auf einen gemeinsamen Ansatz gründen. Ich denke, dass dies ein kreativer Weg ist, einen Konflikt darüber zu vermeiden.

Janning: *Lassen Sie mich noch einmal das Thema auf eine andere Art und Weise angehen. Wir haben ja jetzt im Verlauf unserer Debatte über große Konstellationen, wirtschaftliche Globalisierung, Macht und Strategien, über Autorität in der internationalen Politik und die Sicherheitsfrage gesprochen. Viele Menschen sind auf der einen Seite berührt und betroffen von dem, was passiert und was sich in diesen Sphären internationaler Politik ereignet, auf der anderen Seite sind sie selbst relativ weit davon entfernt. Gibt es eigentlich gewissermaßen intermediäre Instanzen, die vermittelnd wirken könnten? Ist ein Instrument – frage ich natürlich auch mit Blick auf unsere eigene Arbeit hier – wie der Global Policy Council der Bertelsmann Stiftung geeignet, eine Brücke zu schlagen zwischen den Realitäten unserer Welt und den Wahrnehmungen der Menschen in unseren Ländern? Und was müssten wir noch tun, um die Menschen besser zu erreichen?*

Schmidt: Also, diesen speziellen Council kann ich nicht beurteilen. Generell würde ich antworten: alle Anstrengungen, die darauf



Weltmacht und globale Ordnung

gerichtet sind, Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft, unterschiedlicher nationaler Herkunft, unterschiedlicher kontinentaler Zugehörigkeit, unterschiedlicher Bildung und Erziehung zusammenzubringen, damit sie sich gegenseitig zuhören und damit sie miteinander sprechen, sind immer sinnvoll. Es hat im Laufe auch des Kalten Krieges, also der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, eine Reihe solcher Einrichtungen gegeben. Ich erinnere mich z.B. an die Bilderberg-Konferenzen, die Prinz Bernhard der Niederlande einmal jährlich einberufen hat, eine wunderbare Einrichtung. Es hat eine Reihe solcher Einrichtungen gegeben. Die muss es auch in Zukunft geben. Noch wichtiger ist eigentlich, dass wir bei den Universitäten anfangen, dass junge Leute dazu gebracht werden, mindestens zwei Semester im Ausland zu studieren, dass 23jährige Deutsche zwei Semester in Krakau oder in Warschau studieren, dass 23jährige Polen in Paris studieren oder in Oxford oder in Cambridge oder wegen meiner in Harvard oder in Stanford, dass Leute aus Indien einen Teil ihres Studiums in Beijing oder in Shanghai oder in Bandung absolvieren, dass rechtzeitig am Beginn des Lebens eine intellektuelle Berührung herbeigeführt wird, die dann hoffentlich bei vielen Personen dazu führt, dass diese Berührung aufrecht erhalten wird im Lauf des Lebens. Dass wir heute Staats- und Regierungschefs haben, die zum ersten Mal als Regierungschefs einen

Auslandspass brauchen, weil sie vorher nur das eigene Land gekannt haben, das ist eigentlich eine Groteske, eine absolute Fehlentwicklung. Dass Leute, die bis gestern nur die eigene Provinz kannten, morgen Außenminister eines großen Lands sind, ist eine absolute Fehlentwicklung, eine Fehlentwicklung der Erziehungssysteme in unseren Ländern.

Janning: *Da ist es ja gut, dass Sie beide da eine Ausnahme machen. Denn wenn Helmut Schmidt ...*

Schmidt: Sonst hätte ich das nicht sagen dürfen.

Janning: *... in seinem Buch richtig berichtet, ist bei einer seiner ersten Amerikareisen als Abgeordneter er Ihnen begegnet als Assistant Professor an der Harvard University zu der Zeit ...*

Kissinger: In Cambridge.

Schmidt: 1958.

Janning: *... und da hat genau das stattgefunden, was Sie heute anmahnen. Henry Kissinger, Sie haben das Schlusswort zu dieser Thematik.*

Kissinger: Ich stimme dem zu, was Helmut gesagt hat. Ich möchte hinzufügen, dass Diskussionsrunden wie diese oder andere, die zusammengestellt werden, eine besondere Aufgabe



Weltmacht und globale Ordnung

haben, weil manchmal Menschen in diesen Gruppen zusammenkommen, um ein Gefühl auszudrücken. Aber man muss den Weg von dort, wo man ist, dahin finden, wohin man will und das hängt von der Fähigkeit ab, Nuancen zu beachten und das zugrunde liegende Problem zu verstehen. Daher muss man gewillt sein, sich nicht nur zu Gesprächen zu treffen, sondern auch an deren Umsetzung zu arbeiten.

Janning: *Ich darf mich im Namen aller Teilnehmer des Global Policy Council sehr herzlich bei Ihnen beiden bedanken, Helmut Schmidt und Henry Kissinger. Sie haben uns ein beeindruckendes Beispiel Ihrer weltpolitischen Präsenz gegeben. Ich glaube, das wird für unsere Beratungen ein fruchtbarer und anregender Anstoß sein. Vielen herzlichen Dank!*



Der Global Policy Council

Der Global Policy Council (GPC) startete im Juni 2006 in Berlin mit einer Bestandsaufnahme der weltpolitischen Schlüsselfragen. Angesichts der atemberaubenden Geschwindigkeit, mit der sich die geopolitische Landschaft in nur 15 Jahren verändert hatte, galt die besondere Aufmerksamkeit dabei der neuen Unübersichtlichkeit, welche die internationalen Beziehungen heute kennzeichnet.

Während dieses ersten Treffens war es Henry Kissinger, der vorschlug, sich systematischer mit der Gefahr einer Welt von 30 oder mehr Atomwaffenstaaten zu befassen. Obwohl die Verbreitung von Atomwaffen keine grundsätzlich neue Bedrohung darstellt, erschien es - vor allem hinsichtlich der Entwicklungen in Nordkorea und im Iran - äußerst wichtig, dass sich der GPC eingehend mit dieser Thematik auseinandersetzte. Dementsprechend befasste sich das zweite Treffen des GPC im Oktober 2007 mit verschiedenen Szenarien der Verbreitung von Atomwaffen in Ostasien. Ein weiterer Schwerpunkt der Konferenz war der Einfluss Chinas und Japans auf die regionale und globale Politik.

Der dritte GPC fand im März 2009 statt. Sein Ziel war es, über die neu entstehende globale Agenda nachzudenken und wichtige Themen und Prioritäten zu diskutieren.

Die Diskussionen machten deutlich, dass die Entwicklung einer gemeinsamen globalen Agenda eine schwierige Aufgabe darstellt, weil es um mehr geht als die Festlegung einzelner Tagesordnungspunkte und Themen. Vielmehr muss eine globale Agenda unterschiedliche Interessen zusammenführen und alle Akteure als gleichberechtigte Partner begreifen, die sich gemeinsam für das Wohl aller Menschen dieser Welt einsetzen.

Weitere Informationen finden Sie auf der Website der Bertelsmann Stiftung [↗](#).

www.shaping-a-globalized-world.org [↗](#)





Das Projekt "Globalisierung politisch gestalten"

Die Kräfte der Globalisierung bewirken weltweiten Wandel. Wachsende wirtschaftliche Verflechtung, moderne Kommunikationsmittel und die zunehmende Mobilität der Menschen schaffen eine Welt, die durch gegenseitige Abhängigkeit und neue Arten der Zusammenarbeit über nationale und kulturelle Grenzen hinweg geprägt ist. Gleichzeitig entstehen durch Herausforderungen wie den Klimawandel, internationale Finanzkrisen, Terrorismus, die Unsicherheit der Energieversorgung und soziale Ungleichheit Gefahren für Stabilität, Frieden und Entwicklung. All das zeigt, dass das gegenwärtige internationale System nicht ausreichend in der Lage ist, solchen Herausforderungen gerecht zu werden.

Vor diesem Hintergrund hat das Projekt "Globalisierung politisch gestalten" zum Ziel, Ideen und Vorschläge für die politische Gestaltung der Globalisierung zu erarbeiten und in die internationale Debatte einzuführen. Das Projekt will Wegweiser und Ratgeber für Politiker und Bürger sein: Es soll die Teilnehmer zum Nachdenken über die politische Tagesordnung einer globalisierten Welt anregen, Möglichkeiten der politischen Gestaltung identifizieren und Strategien für politisches Handeln entwickeln.



Josef Janning

Senior Director

Bertelsmann Stiftung

Gütersloh

Telefon: +49 5241 81 81128

josef.janning@bertelsmann-stiftung.de

Das Projekt "Globalisierung politisch gestalten"

Das Projekt „Globalisierung politisch gestalten“ widmet sich Fragen des internationalen Regierens und berücksichtigt dabei Standpunkte und Anliegen aus der gesamten Welt. Es bietet ein Forum für Ideen, Erfahrungen und Standpunkte von Menschen, Regierungen und nicht-staatlichen Akteuren aus allen Teilen der globalisierten Welt. Die Teilnehmer spiegeln die Diversität der Akteure in modernen Gesellschaften wider: Sie diskutieren gemeinsam, beraten und arbeiten im Projekt zusammen. Ziel ist es, Möglichkeiten für globales politisches Handeln aufzuzeigen und diese einem breiten Publikum zugänglich zu machen. Unsere Hoffnung ist, Ideen hervorzubringen, die sowohl politischen Akteuren als auch Bürgern Möglichkeiten zur Teilhabe an einer fairen und gerechten globalisierten Welt eröffnen.

Das Projekt läuft seit Herbst 2008. Es kombiniert die in der Bertelsmann Stiftung vorhandene Expertise und Erfahrung mit Ressourcen, Initiativen und Programmen anderer international tätiger Institutionen, Think Tanks und Stiftungen. Ein internationales Projektteam an den Standorten Gütersloh, Brüssel und Washington koordiniert die Projektarbeit.

Für mehr Informationen, besuchen Sie die Website www.shaping-a-globalized-world.org.



Kontakt



Dr. Peter Walkenhorst

Bertelsmann Stiftung

Gütersloh

Telefon: +49 5241 81 81172

peter.walkenhorst@bertelsmann-stiftung.de



Stefani Weiss

Büro Bertelsmann Stiftung

Brüssel

Telefon: +32 2233 3891

stefani.weiss@bertelsmann-stiftung.de



Ting Xu

Büro Bertelsmann Stiftung

Washington, D.C.

Telefon: +1 202 621 1721

ting.xu@bertelsmann-foundation.org

Über die Bertelsmann Stiftung



Die Bertelsmann Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet. Sie versteht sich in der Tradition ihres Stifters als Förderin des gesellschaftlichen Wandels. Die Stiftung fühlt sich den Werten Freiheit, Wettbewerb, Solidarität und Menschlichkeit verpflichtet und verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Fundament der Stiftungsarbeit ist die Überzeugung, dass Wettbewerb und bürgerschaftliches Engagement eine wesentliche Basis für gesellschaftlichen Fortschritt sind. Die Bertelsmann Stiftung arbeitet gemäß ihrer Satzung ausschließlich operativ und nicht fördernd.

Impressum

© 2009

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich

Dr. Peter Walkenhorst
Telefon: +49 5241 81 81172
peter.walkenhorst@bertelsmann-stiftung.de

Grafik Design

Andreas Recek, Bielefeld

Fotonachweis

Marc Darchinger



Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

www.bertelsmann-stiftung.de